

## Sitzung des NÖ Landtages

### Letzte Sitzung der Legislaturperiode

Der Landtag von Niederösterreich trat heute um 10 Uhr unter dem Vorsitz von Präsident Ing. Hans Penz zu einer Sitzung zusammen.

Zu Beginn der Sitzung wurde eine **Aktuelle Stunde** zum Thema "**Aufklärung der Verflechtungen der ÖVP NÖ in diversen Spekulationsverlusten (Hypo NÖ, Wohnbau-gelder, Gemeinden und Verbände) – Spekulationsverbot sofort**" abgehalten.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sagte, die Aktuelle Stunde solle Aufklärung in einem sensiblen Bereich bringen. Es gehe darum, einen drohenden Schaden für die Landesbank, für den Wirtschaftsstandort Niederösterreich und für das Bundesland Niederösterreich abzuwehren. Auch die Landesbank sei spekulativ tätig gewesen und es seien Verluste verschleiert worden. Aber eine Landesbank gehöre dem Bürger. Die FP habe diese Aktuelle Stunde beantragt, weil man glaube, dass es das wichtigste sei, Schaden abzuwenden. Denn Politik heiße, Verantwortung zu übernehmen. Man hoffe daher heute auf Aufklärung.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) betonte, dass das Bundesland Niederösterreich ein Sparbuch habe, das laut Rechnungshof eine Performance von durchschnittlich 1,8 Prozent habe. Niederösterreich habe aus der Veranlagung 824 Millionen Euro Gewinn gemacht. Die Hypo Niederösterreich sei eine gesunde, erfolgreiche Bank und es sei höchst gefährlich, diese schlechtzureden. Man gefährde damit den Standort und Arbeitsplätze. Die Hypo sei auch eine der wenigen Banken in Österreich, die vom Steuerzahler keinen Cent geholt habe. In Niederösterreich mache man keine neuen Schulden, sondern man baue Schulden ab.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, die Forderung nach Aufklärung sei kein Schlechtreden. Die Budgetpolitik laufe auf einem falschen Weg. Die Veranlagung der Wohnbaugelder sei ein Spekulieren auf Kredit. Ein Spekulationsverbot sei das Gebot der Stunde. Drei große Themenkomplexe seien aufzuklären: Augustus, Aquarius und Veranlagung der Wohnbaugelder.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) hielt im Zusammenhang mit dem Thema dieser Aktuellen Stunde fest, dass „keine Geheimdienste“ dahinter stünden. Es gebe viele offene, aufklärungsbedürftige Fragen. Noch vor der Wahl solle ein Untersuchungsausschuss Aufklärung bringen. Zum Sparbuch Niederösterreich meinte sie, dass dieses ein teures Sparbuch sei, bei einem traditionellen Sparbuch hätte man Einnahmen in der Höhe von 660 Millionen Euro erhalten und wäre auf der sicheren Seite gewesen.

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) ging auf die Ausführungen des Abgeordneten Riedl ein und meinte unter anderem, dass die sogenannte Augustus-Sache noch nicht ausgestanden sei. Zum Sparbuch Niederösterreich meinte er, man habe Rückflüsse verkauft, veranlagt und eine Milliarde Substanz verloren. Zur Hypo hielt er fest, dass die Gerichte am Zug sein sollten und man an politischer Aufklärung interessiert sein sollte. Seine Fraktion trete zudem für eine Entpolitisierung der Hypo ein.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, dass die Veranlagungen ein Thema seien, das den Landtag in der vergangenen Periode immer wieder beschäftigt habe. Weiters sagte er, dass Aufklärung nichts Schlechtes sei. Seiner Meinung nach müsse das Spekulieren mit öffentlichen Geldern verboten werden. Leichtfried appellierte in seiner Wortmeldung auch auf eine Mäßigung im Verbalen – es gehe darum, den Sachverhalt darzustellen und miteinander zu versuchen, Veränderungen herbeizuführen. Er ging nochmals auf die Veranlagungen ein und meinte, dass seinerzeit ein bestimmtes Geschäftsmodell beschlossen wurde. Die angestrebten Ziele seien nicht erreicht worden und man habe einen Verlust erwirtschaftet; statt Schuldenabbau sei Defizitabdeckung betrieben worden. Zu fordern sei ein Spekulationsverbot für Länder, Bund und Gemeinden. Zur Hypo merkte er an, dass es seiner Fraktion fern liege, schlecht über das Bankinstitut zu sprechen. Die Hypo sei eine wichtige Landesbank und arbeite konservativ und seriös, doch es gehe um Aufklärung in alle Richtungen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) meinte, dass das Sparbuch Niederösterreich und damit die Veranlagung bestens geprüft sei. Die Empfehlungen des Rechnungshofes sei umgesetzt worden, der Rechnungshof bestätige einen Vermögenszuwachs und einen positiven Saldo im Vergleich vom Anfangsbestand. Es werde nicht zur Kenntnis genommen, dass hier ein Gewinn da sei. Das Land habe auch in den Krisenjahren seriös gewirtschaftet.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) sagte, sowohl SP als auch FP hätten 2001 klar Ja zur Veranlagung gesagt. Die Hypo NÖ stehe als Bank außer Streit. Die Unterstellungen der FP im Bezug auf die Landtagswahl 2008 gingen nicht auf. Der Rechtsstreit zwischen FMA und Bank müsse ausgetragen werden, das habe mit politischem Einfluss nichts zu tun. Die Staatsanwaltschaft solle rasch entscheiden, ob es zu einer Anklage komme oder nicht.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, diese Aufklärung betreffe die strafrechtliche Verfolgung, aber nicht die politischen Verflechtungen.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, Tatsache sei, dass das Kapital von 4,4 auf 3,3 Milliarden Euro geschrumpft sei. Das Geschäftsmodell sei gescheitert, die Absicht habe darin gestanden, auf 8 Milliarden Euro zu kommen. Die SP habe bereits 2002 einen Dringlichkeitsantrag für eine Überprüfung der Veranlagungen gestellt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meldete sich nach der Aktuellen Stunde zur Geschäftsordnung und brachte einen Antrag für einen Untersuchungsausschuss ein.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) wies dies für diesen Zeitpunkt zurück.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Bericht des Rechnungshof-Ausschusses Nr. 15 der XVII. Gesetzgebungsperiode** (Berichtersteller: Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP)
- **Bericht des Rechnungshofes über Verfahrenskonzentration bei Umweltverträglichkeitsprüfungen auf Ebene des Bundes und der Länder; Forschungs-**

**strategien der Bundesländer; Veranlagungsmanagement des Landes Niederösterreich hinsichtlich der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Niederösterreich 2012/6)** (Berichterstatter: Abgeordneter Hermann F i n d e i s , SP).

- **Bericht der Landesregierung betreffend Veranlagung des Landes Niederösterreich, Richtlinien, Berichte** (Berichterstatter: Abgeordneter Karl B a d e r , VP)

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) eröffnete die Debatte: Die festgestellten Mängel hinsichtlich der Hubschrauberlandeplätze bei den Landeskliniken seien bereits zu 75 Prozent umgesetzt. Der Prüfbericht zur Stiftung Wohltätigkeitshaus Baden stelle zwar keine Mängel fest, rege aber neun Verbesserungen an. Der Bericht über die Grundlagen der Versorgung psychisch Kranker zeige noch einigen Handlungsbedarf. Seine Abschiedsrede im Landtag beendete er mit den Worten „Es lebe das schöne Bundesland Niederösterreich“.

Dritter Präsident Alfredo R o s e n m a i e r (SP) meinte, die Umweltverträglichkeitsprüfung betreffe Kompetenzen von Bund und Ländern. In einer so sensiblen Zeit wie der heutigen, müssten bei Projekten ökonomische und ökologische Aspekte berücksichtigt werden. Mehr Behörden würden aber auch mehr Aufwand, weniger Transparenz und eine geringere Bürgerfreundlichkeit mit sich bringen. Überdies werde im Rechnungshofbericht das Fehlen einer Förderdatenbank auf Bundes- und Landesebene kritisiert.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) sagte, Geschäftsführer Kern von der FIBEG komme von der Hypo Landesbank und müsse über mehr Details seiner Fonds dem Landtag berichten. Die Veranlagungsbestimmungen für die FIBEG seien im Jahr 2009 auch auf Druck der Grünen verschärft worden. Insgesamt gehe es um 1,8 Milliarden Euro Kapitalstockverlust bei der FIBEG.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) betonte, aufgrund eines Berichtes des Rechnungshofes bedürfe es eines Hubschrauber-Landeplatzes im Klinikum Waidhofen an der Thaya. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend der Errichtung einer Hubschrauberlandeeinrichtung für das Landeskrankenhaus Waidhofen an der Thaya ein. Zur Wohnbauveranlagung meinte er, dass seine Fraktion nur im Jahr 2001 dem Grundsatzbeschluss zugestimmt habe.

Bereits 2003 habe er sich gegen die Veranlagung der Wohnbaugelder ausgesprochen. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend Spekulationsverbot für Land, Gemeinden, Verbände und ausgelagerte Betriebe ein.

Abgeordneter Ing. Franz **G r a t z e r** (SP) sagte, die Politik in Österreich befinde sich in einer ernsten Situation. Es bedürfe einer umfassenden Aufklärung und eines Endes von riskanten Geschäften mit öffentlichen Geldern. Bei seiner Abschiedsrede im Landtag bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit und wünschte dem Bundesland Niederösterreich für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Abgeordneter Anton **E r b e r** (VP) meinte, im Bereich der Psychiatrischen Versorgung gebe es in Niederösterreich eine beispielgebende Zusammenarbeit zwischen den Landeskliniken. Man habe in Niederösterreich eine sehr erfolgreiche Bewirtschaftung, Wolfgang Sobotka sei ein mutiger Finanzpolitiker und gehe den rechten Weg.

Abgeordneter Mag. Alfred **R i e d l** (VP) ging auf einige seiner Vorredner ein und machte Anmerkungen zu vier Punkten im Rechnungshofbericht. Unter anderem hielt er dabei fest, dass die Empfehlungen des Rechnungshofes angenommen worden seien, die Risiken transparent und die Kosten stabil und angemessen seien. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Richtlinie zum Finanzmanagement ein.

Der Bericht des Rechnungshofausschusses Nr. 15 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen. Der FP-Resolutionsantrag (Hubschrauberlandeplatz) wurde abgelehnt. Der Bericht des Rechnungshofes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen, der Bericht der Landesregierung betreffend Veranlagungen wurde mit Mehrheit zur Kenntnis genommen. Der FP-Resolutionsantrag (Spekulationsverbot) wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag Mag. Riedl (Finanzmanagement) wurde mit Mehrheit angenommen. Im Zusammenhang mit einem Untersuchungsausschuss wurde die Unterstützungsfrage gestellt, hierfür gab es keine Mehrheit. Der ausreichend unterstützte FP-Antrag zu einem Untersuchungsausschuss fand ebenso keine Mehrheit.

Abgeordneter Mag. Kurt **H a c k l** (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Landesausstellung 2013, "Brot & Wein"; Übernahme einer Landeshaftung.**

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) hielt fest, dass die Vorbereitungen für die Landesausstellung 2013 schon angelaufen seien und das Potenzial für diese Ausstellung enorm sei. Es gebe rund 600 Weinkeller, Hunderte hauptberufliche Winzer und bereits auch viele Investitionen in der Region. Von der Landesausstellung werde man nachhaltig profitieren. Speziell ging sie in diesem Zusammenhang auf das Thema Mobilität ein. Entsprechende Investitionen würden zum Gelingen der Ausstellung beitragen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, dass Landesausstellungen eine positive Sache seien und es wichtig sei, den Leihgebern Haftungen zu gewähren. Die Landesausstellungen seien eine gute Idee, es handle sich um fruchtbringende Investitionen.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) meinte, dass dem Weinviertel mit der Landesausstellung ein Großereignis ins Haus stehe, die Übernahme von Haftungen durch das Land sei zu begrüßen. Insgesamt gebe es diesmal 120 Leihgeber aus verschiedenen Ländern und 500 Exponate. Für diese sei ein Sicherheitsdienst vorhanden. Im Vorjahr habe es in der Region um 10,6 Prozent mehr Nächtigungen als 2010 gegeben, durch die Landesausstellung sei hier ein weiterer Impuls zu erwarten.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sprach in diesem Zusammenhang von einer Chance für die Region, ihr Image weiter zu verbessern und ihre Bekanntheit weiter zu steigern. Detailliert ging er auf die Partner sowie die Botschafter der Landesausstellung 2013 ein und stellte die Weinviertler Bonuscard vor, die die regionale Wirtschaft präsentieren solle und die im Februar 2013 starten und im April in Betrieb gehen werde.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **PPP - B40/B46 Umfahrung Mistelbach**.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) lobte die Vorzüge der Stadt Mistelbach bzw. des Bezirks, kritisierte allerdings den Bau einer Umfahrungsstraße. Für die Umfahrungsstraße bzw. für 11.000 Kfz wolle man hier 125 Millionen Euro und damit bei 15 Kilometern Straße 8 Millionen Euro pro Kilometer in die Hand nehmen. In Mistelbach gebe es ein Ausbaupotenzial des öffentlichen Verkehrs, Bus und Bahn seien nicht vertaktet.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) meinte, Umfahrungen brächten eine merkliche Entlastung in den Ortsgebieten und erhöhten Verkehrssicherheit und Lebensqualität. Das PPP-Finanzierungsmodell lehne seine Fraktion aber ab, weil regionale Unternehmen davon nicht profitierten.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte die Wichtigkeit zusätzlicher Maßnahmen wie eine verkehrswirksame Entlastung regionaler Straßen im Hinblick auf den Ausbau der A 5. Ein Resolutionsantrag gemeinsam mit den Abgeordneten Mandl und Eigner fordert eine Evaluierung des Lärmgutachtens für den Streckenabschnitt Mannswörth der A 4 und gegebenenfalls ein Tempolimit von 100 Stundenkilometern.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) sagte, der Verkehr, speziell der Schwerverkehr, werde nicht weniger werden. In Mistelbach gebe es niemanden, der gegen die Umfahrung sei. 4.500 Einwohner hätten dann 2016 bei einer Verkehrsentslastung von 70 Prozent endlich wieder Standort- und Lebensqualität.

Der Antrag wurde mit VP/SP-Mehrheit, der Resolutionsantrag wurde mit Mehrheit von VP, SP und Grünen angenommen.

Abgeordneter Karl B a d e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landesberufsschule Baden, Generalsanierung Schülerheim.**

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) eröffnete die Debatte: Die Generalsanierung sei ein positiver Ansatzpunkt.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) meinte, die Inangriffnahme der Sanierung sei sehr erfreulich, der bautechnische Zustand sei bereits sehr schlecht. Die Investitionen seien auch in Bezug auf die Bauwirtschaft sehr wichtig.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) erinnerte daran, dass die seit 1977 in Betrieb befindliche Schule sehr hohes Ansehen genieße. Die Schule mit ihren bisher rund 100.000 Schülern sei eine Visitenkarte des Landes.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Landespflegeheim Wolkersdorf, Neubau.**

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) eröffnete die Debatte: Für das Projekt könne es nur ungeteilte Zustimmung geben. Es werde Zeit, dass das Haus neu gebaut werde.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, der Neubau sei bereits für die Periode 2006 bis 2011 geplant gewesen. Das neue Heim werde 126 Menschen Platz bieten und die Qualität für Bewohner und Personal verbessern.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) nannte den Um- und Ausbau äußerst erfreulich. In Wolkersdorf sei Handlungsbedarf gegeben, der Neubau empfehle sich aus wirtschaftlichen Gründen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) sprach von einem Hattrick für den Bezirk Mistelbach unter dem Weihnachtsbaum. Das Heim sei in die Jahre gekommen, aus wirtschaftlicher Sicht komme nur ein Neubau in Frage. Er sprach über das Pflegeheim Wolkersdorf von einem besonderen Leitprojekt für ganz Österreich. Das neuartige Wohngruppenmodell schaffe eine angenehme Atmosphäre bei Familienbesuchen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Moser und Waldhäusl betreffend **Verbesserung der Rahmenbedingungen der Freiwilligenorganisationen.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, die freiwilligen Organisationen hatten in Niederösterreich einen hohen Stellenwert.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, der NÖ Landtag habe sich immer einstimmig für eine Besserstellung des Freiwilligenwesens eingesetzt.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) forderte eine Entgeltfortzahlung für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen zwei **Abänderungsanträge** betreffend der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Freiwilligenorganisationen ein. In wirtschaftlich her-

ausfordernden Zeiten werde es für die Firmen immer schwieriger, ihre Mitarbeiter bei Feuerwehreinsätzen zu entbehren.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) sagte, unser Freiwilligenwesen habe in Niederösterreich einen hohen Stellenwert und sei eine wichtige Säule für unsere Sicherheit. Überdies würden an die Mitglieder von Rettung und Feuerwehr immer höhere Anforderungen gestellt.

Beide Abänderungsanträge blieben in der Minderheit. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung.**

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) meinte, seine Fraktion stimme dem Antrag gerne zu, nachdem die Valorisierung dieser Kostensätze schon lange überfällig sei. Die zusätzlichen Kosten von 570.000 Euro seien gerechtfertigt.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, Asylwerber auf kleine Gemeinden aufzuteilen sei nicht zielführend. Seine Fraktion spreche sich gegen Asylmissbrauch aus.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) meinte, 17 Euro pro Tag und pro Person für Unterkunft und Verpflegung sei viel zu wenig. Der Erlass, den Asylwerbern mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu erlauben, werde von ihrer Fraktion unterstützt.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) sagte, die Erhöhung der Kostensätze sei eine Vereinbarung zwischen Bund, Land und Europäische Union. Es gebe immer mehr Unruhen in der Welt und daher auch immer mehr Menschen, die verfolgt werden und Hilfe benötigen. Niederösterreich erfülle seine Aufgaben im Bereich der Asylwerber. Bei ihrer Abschiedsrede erinnerte sie an die in den letzten 25 Jahren umgesetzten Projekte für die Familien und den Tourismus.

Der Antrag wurde mit den Stimmen von VP, SP und Grüne angenommen.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) referierte zum **Bericht der Volksanwaltschaft an den NÖ Landtag 2010 - 2011 sowie die Äußerung der NÖ Landesregierung**.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) sagte, ihre Fraktion werde den Bericht der Volksanwaltschaft und dem Resolutionsantrag über die Kinderbetreuung zustimmen. Der Bericht sei übersichtlich und es sei besonders informativ die Statistik zu betrachten. Es wäre wünschenswert, wenn es auch eine politische Analyse zum Bericht gebe. Die eine oder andere Gesetzesinitiative lasse sich aus dem Bericht der Volksanwaltschaft durchaus ableiten.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, die Eingaben in der Volksanwaltschaft hätten sich in den letzten zwei Jahren gesteigert. Insgesamt wurden 122 Missstände in der NÖ Landesverwaltung und in Gemeindeverwaltungen festgestellt.

Abgeordnete Christa V l a d y k a (SP) berichtete, über 1.000 Niederösterreicher hätten die Volksanwaltschaft aufgesucht. Baurecht, Gewerberecht, Kinderbetreuung etc. wären die wichtigsten Themen gewesen. Die Hürden für niederösterreichische Kinder in Wien, einen Kindergartenplatz zu erhalten, seien viel zu groß, kritisierte sie. In diesem Zusammenhang brachte sie einen **Resolutionsantrag** betreffend Kinderbetreuungsoffensive ein.

Abgeordneter Franz G r a n d l (VP) führte aus, man habe in Niederösterreich in den vergangenen Jahren 660 zusätzliche Kindergartengruppen geschaffen und einen Vollausbau erreicht. Zudem würden auch zahlreiche Mittel in die außerfamiliäre Betreuung fließen. Zum Tagungsordnungspunkt selbst ging er auf die Themen Raumordnung und Baurecht ein. Die Gebietsbauämter seien unersetzbar. In sehr komplizierten Fällen werde die zuständige Abteilung des Landes beigezogen. Zudem gebe es Kooperationen beispielsweise mit der Kommunalakademie, zusätzlich gebe es bei Bauverfahren Rechtsauskünfte. Die Bürgerinnen und Bürger würden demnach in Niederösterreich gut beraten. Abschließend merkte er an, dass diese Landtagssitzung die letzte sei, an der er als Abgeordneter mitwirke. Er dankte allen Kolleginnen und Kollegen und meinte, es sei eine Ehre für ihn gewesen, im NÖ Landtag mitzuwirken.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Vladyka (Kinderbetreuungsoffensive) fand keine Mehrheit.

Abgeordnete Erika A d e n s a m e r (VP) berichtete zu einem Antrag der Abgeordneten Ing. Hofbauer u.a. mit Gesetzentwurf betreffend **Erlassung eines NÖ Landesverwaltungsgerichts-Übergangsgesetzes**.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) führte aus, dass das Gesetz die Verwaltung beschleunigen und die Gerichte entlasten sollte und erinnerte an eine Enquete, bei der über Schwerpunkte und Verbesserungen hierzu diskutiert worden sei. Für ihn dürfe sich für die Bürgerinnen und Bürger der Zugang zum Recht weder verschlechtern noch verteuern. Unter diesem Gesichtspunkt sei die Thematik auch aktuell zu sehen, hier gebe es keine Regelung.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) ging auf die Hintergründe und Entwicklungen dieses Tagesordnungspunktes ein und meinte, dass ein reibungsloser Übergang gewährleistet sein müsse, auch für den Präsidenten und Vizepräsidenten sollte es wie in anderen Bundesländern auch in Niederösterreich eine Überleitung geben.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) sagte, dass die Novellierung von allen Parteien im Parlament beschlossen worden sei. Dem Bundesgesetz werde entsprochen, es solle ein Bewährungsverfahren für Präsident und Vizepräsident geben. Darum werde man dem Antrag zustimmen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO der Abgeordneten Mag. Hackl, Findeis und Waldhäusl u. a. betreffend **Gerechte und effektive Politik im Asyl- und Zuwanderungsbereich**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) hielt einleitend fest, dass hierzu von Seiten der Grünen keine Zustimmung gegeben werden könne. Erstens, weil die Bundesregierung hier nicht der richtige Adressat sei, das richtige Instrument für eine Änderung dieser Angelegenheit wäre die Landeshauptleutekonferenz. Zweitens müsse die Orientierung an der Genfer Flüchtlingskonvention nicht extra im Antrag Erwähnung finden. Drittens müsste man gemeinsam klären, was im Detail Defizite seien, und zum Vierten solle es hier nicht um eine Senkung der Asylantragszahlen und der Einbürgerungen gehen; es gehe bei Asylpolitik nicht um Einwanderungspolitik, sondern um men-

schenrechtliche Standards. Man brauche genügend Personal, damit Asylanträge rasch und fair abgehandelt werden können.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) meinte, die gesetzlichen Regelungen müssten ernst genommen werden. Um den „Asyl-Unwesen“ Herr zu werden, müsse es eine kontrollierte Grenze geben. Ein **Zusatzantrag** fordert eine konsequente Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention und des Dublin II Abkommens. Ein weiterer **Zusatzantrag** fordert eine zukunftsorientierte innerösterreichische Strategie zur Sicherung der Sozialstaates.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) betonte, Ghettobildung sei das schlimmste, was Menschen passieren könne. Deshalb sei die neue Regelung der richtige Vorgang.

Abgeordneter Josef B a l b e r (VP) führte aus, 2011 habe es in Traiskirchen 14.500 Anträge gegeben, 2002 seien es noch rund 40.000 gewesen. Der Landeshauptmann habe sich für eine gerechte Aufteilung der Asylwerber und eine Entlastung von Traiskirchen eingesetzt. Im Bezirk Baden habe sich die Kriminalitätsrate nicht geändert.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) sagte, 70 Prozent der Menschen lebten in der Angst, Verbrechensopfer zu werden. Die FP betreibe auch keine Ghettobildung. Mit der offenen Grenze würden Schlepperkriminalität und Kriminaltourismus gefördert.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) replizierte, Schlepperkriminalität sei ein Verbrechen vor allem an den Ärmsten der Armen. Die größte Zahl an Asylwerbern habe es allerdings in Schengen-Zeiten gegeben.

Der Antrag fand die Mehrheit von VP, SP und FP. Beide Zusatzanträge blieben in der Minderheit.

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972 (DPL 1972)** (Berichterstatter: Abgeordneter Martin S c h u s t e r , VP)
- **Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes (LVBG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Martin S c h u s t e r , VP)

- **Änderung des NÖ Landes-Bedienstetengesetzes (NÖ LBG)** (Berichterstatter: Abgeordneter Martin S c h u s t e r , VP)
- **Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976** (3. GBDO-Novelle 2012) (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP)
- **Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 1976 (3. GVBG-Novelle 2012)** (Berichterstatterin: Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP)

Abgeordneter Christian H a f e n e c k e r (FP) eröffnete die Debatte: Antikorruptionsmaßnahmen seien zwar grundsätzlich zu begrüßen, weil sie sich aber auch auf Personen bezögen, die internationalen Schutz genießen, werde die FP ablehnen. Er meinte, der Stadtamtsdirektor von Waidhofen an der Thaya sei überbezahlt. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend der Entlohnung von Stadtamtsdirektoren in Niederösterreich ein.

Abgeordneter Rupert D w o r a k (SP) sagte, es bedürfe eines dienstrechtlichen Schutzes für Beamte, die Skandale aufdecken. Auch wenn öffentlich Bedienstete in die Privatwirtschaft wechseln, bedürfe es spezieller Klauseln. Jene Bediensteten, die tagtäglich nach St. Pölten pendeln, hätten sich eine bessere Pendlerregelung verdient. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Neugestaltung des Fahrtkostenzuschusses für Landesbedienstete ein.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meinte, an dem historischen Höchststand von 600.000 unselbstständig Beschäftigten habe der NÖ Landesdienst einen großen Anteil. Das Dienst- und Besoldungsrecht sei laut dem Rechnungshof vorbildlich. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Auswirkungen der Neugestaltung der Unterstützung für Pendler ein.

Die Anträge wurden mit Mehrheit gegen die Stimmen der FP angenommen. Der Resolutionsantrag Dworak (Fahrtkosten) wurde abgelehnt, der Resolutionsantrag Michalitsch (Unterstützung für Pendler) wurde einstimmig angenommen. Der FP-Zusatzantrag (Stadtamtsdirektoren) wurde abgelehnt.

Die folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **NÖ Jahresumweltbericht 2011 und NÖ Klimaprogrammbericht 2009 – 2012** (Berichterstatter: Abgeordneter Anton E r b e r , VP)

- **NÖ Umweltschutz, Tätigkeitsbericht 2011** (Berichtersteller: Abgeordneter Anton Erber, VP)
- **NÖ Energiebericht 2011 - Bericht über die Lage der Energieversorgung in Niederösterreich** (Berichtersteller: Abgeordneter René Lobner, VP)

Abgeordneter Ing. Andreas Pum (VP) sagte, der Ruf nach Experten, die auch handeln, werde auf internationaler Ebene immer größer. In Niederösterreich würden in den Bereichen Wohnbau, Erneuerbare Energieträger, Energiesparen etc. Verbesserungen umgesetzt. Die hohe Kohlendioxidbelastung sei besonders auf den Verkehr zurückzuführen. Niederösterreich setze in diesem Bereich auf Elektroautos und die Aktion „Radland NÖ“. Überdies werde eine nachhaltige Landwirtschaft forciert.

Klubobfrau Dr. Madeleine Petrovic (G) meinte, ihre Fraktion könne beim Umweltschutz und bei den umweltrelevanten Themen zwar einige positive Aspekte sehen, aber leider keine Trendwende. Der Verbrauch der Energie sei in einigen Sparten noch immer im Steigen begriffen und der Ausbau im Bereich der Erneuerbaren Energie zu gering. Niederösterreich habe eine sehr engagierte Energieagentur mit fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Zielsetzungen beim Energieverbrauch würden sehr ambitioniert klingen, Niederösterreich sei aber weit davon entfernt, diese zu erreichen. Sie brachte gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen einen **Antrag** betreffend die Novellierung diverser jagdrechtlicher Regelungen zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt ein.

Abgeordneter Benno Sulzberger (FP) sagte, mit einer Monokultur könne man keine ökologische Landwirtschaft verwirklichen. Der Klimabericht präsentiere alle Projekte und Initiativen in diesem Bereich. Die Energie- und Umweltagentur habe ein sehr umfassendes Aufgabengebiet. Weiters ging er auf den Klimabericht ein und kritisierte zum Thema Klima allgemein, dass es bei internationalen-Konferenzen nur „faule Kompromisse“ gebe. Bezüglich der Herabsetzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes habe man in Niederösterreich gut angefangen. Zum Antrag der Grünen meinte er, dass man da nicht mitgehe, denn alle EU-Staaten müssten hier dem gleichen Weg gehen. Auch punkto Umweltschutz werde seine Fraktion keine Zustimmung geben, der Grüne-Antrag hinsichtlich Atom sei gut, diesem sei er beigetreten.

Klubobmann Mag. Günther Leichtfried (SP) ortete ein „gewisses Engagement“ des Bundeslandes hinsichtlich der Thematik; im Umweltbericht seien rund 500 Projekte

und Aktionen beschrieben, die Hälfte davon sei dem Klimaschutz zugeschrieben. Wichtig sei aber, den gesamten Lebensstil zu ändern und die Bevölkerung diesbezüglich zu motivieren. Die Ansätze seien richtig, doch es warte noch viel Arbeit auf die Verantwortlichen. Zum Thema Erfolge meinte er, dass es etwa eine Steigerung beim Radverkehr geben würde, die Emissionen beispielsweise würden aber nicht der Bevölkerungszahl entsprechen. So würde die niederösterreichische Bevölkerung 19 Prozent ausmachen, die Emissionen würden aber bei 25 Prozent liegen. Zum Jahresbericht der Umweltanwaltschaft meinte er, dass hier ein kleines Team am Werk sei, das aber kompetent und schnell arbeitet.

Abgeordneter Ing. Franz **R e n n h o f e r** (VP) ging auf den Umweltbericht ein, der positiv zu sehen sei; 483 hochrangige Projekte würden hier umgesetzt, 130 seien bereits fertiggestellt. Mit dem Energiefahrplan wolle Niederösterreich möglichst unabhängig von Energieimporten werden, hier sei man sehr gut unterwegs. Die neugegründete eNu leiste hervorragende Arbeit im Bereich Energie- und Umweltschutz. Lobend erwähnte er auch die Energiebewegung NÖ, hier würden sich schon zahlreiche Landsleute beteiligen. Abschließend brachte er einen gemeinsam mit den Abgeordneten Renner, Sulzberger, Pum, Antoni und Vladyka einen **Resolutionsantrag** betreffend Nein zu Atomkraft und grenznahen Atommüll-Endlagern ein, gemeinsam mit Abgeordnetem Leichtfried brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Erstellung NÖ Klima – und Energieprogramm 2013 bis 2020 ein.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) meldete sich zum Wort und hielt u.a. fest, dass man sich punkto Anti-Atompolitik in vielen Belangen einig sei und die Grünen hier zustimmen würden. Bei anderen Punkten bzw. Anträgen würden die Grünen nicht zustimmen.

Die Berichte wurden mit Mehrheit angenommen. Die Resolutionsantrag der Grünen (jagdrechtliche Regelungen) wurde abgelehnt. Der Resolutionsantrag Rennhofer, Renner, Sulzberger und andere (Nein zu Atomkraft) wurde einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag Rennhofer, Leichtfried (Klima und Energieprogramm) wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) berichtete zu einem Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Ing. Pum, Mag. Leichtfried, Sulzberger u.a. betreffend **Änderung des NÖ Naturschutzgesetzes 2000 (NÖ NSchG 2000)**.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) meinte, dass dieses Materie dem Land seit Jahren Schwierigkeiten bereite. Mit den neuen Lösungen sei die Novelle hierzu allerdings mehr als unzufriedenstellend, es könnte wieder eine EU-Widrigkeit vorliegen. Daher werde man nicht zustimmen.

Abgeordneter Benno S u l z b e r g e r (FP) betonte, dass Nachbesserungen erfolgen müssten und man dem Antrag zustimmen werde. Da auch er heute zum letzten Mal als Abgeordneter im Landtag vertreten sei, sagte er, dass ihn die Tätigkeit im Hohen Haus persönlich erfüllt habe und der gegenseitige Respekt stets gegeben gewesen sei..

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) meinte, er stünde der Änderung des Gesetzes positiv gegenüber, es gehe um eine formelle Sanierung.

Abgeordneter Anton K a s s e r (VP) sagte ebenso, dass das Hochwasser Niederösterreich seit vielen Jahren beschäftige und das Land sich hier gewaltig anstrenge. Mit der Novelle werde den notwendigen Abänderungen entsprochen, das Naturschutzgesetz entspreche nun den Vorgaben der EU. Es werde auch halten und biete Maßnahmen zur Gefahrenabwehr.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Monitoringgesetz**.

Abgeordneter Emmerich W e i d e r b a u e r (G) sagte, dass die Förderung von Chancengleichheit ein unterstützenswertes Ziel sei, und seine Fraktion den Antrag zustimme. Er plädierte für eine grundlegende Änderung der Einstellung gegenüber Menschen mit Behinderung, diese sollten nicht immer als kranke Menschen angesehen werden.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) sagte, für die FP sei es selbstverständlich, die Rechte und die Würde von Menschen mit Behinderungen zu wahren und zu fördern. Dabei sei auf Barrierefreiheit und die Selbstbestimmung des Lebens großer Wert zu legen.

Abgeordnete Heidemaria O n o d i (SP) meinte, dem auf Basis der UN-Behindertenrechtskonvention zu schaffenden Ausschuss könnte man in Niederösterreich in bereits vorhandene Strukturen einbetten. In Niederösterreich gebe es eine sehr gute Zusammenarbeit zum Wohle der Behinderten.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meinte, sie wünsche sich eine barrierefreie Zukunft für die Gesellschaft.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) berichtete zu einem Antrag zur Beschlussfassung einer Stellungnahme der Abgeordneten Mag. Heuras, Tauchner u. a. betreffend **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe "EU-Freiwillige für humanitäre Hilfe, COM (2012) 514"**.

Abgeordneter Edmund T a u c h n e r (FP) eröffnete die Debatte: Die FP lehne das EU-Freiwilligenkorps aufgrund der hohen Kosten und des Eingriffs in die Eigenständigkeit der Staaten ebenfalls ab.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) betonte, das Freiwilligenkorps betreffe tatsächlich Fragen der Subsidiarität. In Zukunft sollte besser auf den Fristenlauf geachtet werden.

Klubobmann Mag. Klaus S c h n e e b e r g e r (VP) führte aus, die Möglichkeit der Subsidiaritätsrüge sollte auch entsprechend umgesetzt werden. In Folge bedankte er sich als längstdienender Klubobmann bei den Abgeordneten Sulzberger, Jahrmann, Kernstock, Gratzner, Findeis, Grandl, Adensamer, Rinke und Lembacher für ihr Engagement im Landtag und wünschte für die Zukunft alles Gute.

Der Antrag wurde mit Mehrheit von VP, SP und FP angenommen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) berichtete zu einem Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Ing. Hofbauer und Königsberger betreffend **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur im Waldviertel**.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) eröffnete die Debatte: Ihre Fraktion sei für leistbare Mobilität, sichere Straßen und leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel, aber gegen eine Autobahn ins Waldviertel.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) erinnerte daran, bereits 1995 im Bundesrat eine entsprechende Initiative gesetzt zu haben. Die Befürworter würden jetzt immer mehr. Es sei nur noch eine Frage der Zeit, bis die Autobahn ins Waldviertel gebaut würde. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Antrag** gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen betreffend Errichtung einer Autobahn/Schnellstraße für das Waldviertel ein.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) meinte, das Waldviertel zeichne sich durch eine hohe Lebensqualität aus, gleichzeitig gebe es aber auch viele leere Betriebsflächen. Auch schwächere Landesteile müssten mit einer entsprechenden Verkehrsinfrastruktur an das Zentrum angeschlossen werden. Er verlangte eine getrennte Abstimmung.

Abgeordneter Josef E d l i n g e r (VP) sagte, das Waldviertel werde über die B 4 und die B 2 sowie über St. Pölten aufgeschlossen. Dem Land sei es gelungen, diese Verkehrsachsen in den letzten Jahren um rund 200 Millionen Euro auszubauen. Die Maßnahmen beim Gföhler Berg hätten beispielsweise viele Verbesserungen für die Verkehrssicherheit gebracht.

Klubobfrau Dr. Madeleine P e t r o v i c (G) betonte, beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unterstütze ihre Fraktion den Ausbau von Unfallhäufungsstellen. Den Bau einer Autobahn für das Waldviertel lehne ihre Fraktion ab.

Bei der getrennten Abstimmung wurden die ersten beiden Punkte des Antrages einstimmig angenommen, der Rest wurde mit Mehrheit angenommen. Der FP- Zusatzantrag blieb in der Minderheit.

Die beiden folgenden Tagesordnungspunkte wurden bei getrennter Berichterstattung (Berichterstatter jeweils Abgeordneter Edmund T a u c h n e r , FP) und Abstimmung gemeinsam behandelt:

- **Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Zusammenarbeit im Bauwesen sowie die Bereitstellung von Bauprodukten auf dem Markt und deren Verwendung** (Berichterstatter: Abgeordneter Edmund T a u c h n e r , (FP))
- **Änderung der NÖ Bauordnung 1996**

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, dies sei ein positiver Bericht für die vielen „Häuslbauer“.

Abgeordneter Josef J a h r m a n n (SP) sagte, bei dieser Änderung der Bauordnung handle es sich um ein Nachziehen einer EU-Vorgabe. Ziel sei es, den Status Niedrigenergiehaus ab 2020 im öffentlichen Wohnbau anzustreben. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend NÖ Wasserleitungsanschlussgesetz 1978 ein. In seiner Abschlussrede wünschte er allen Abgeordneten für die Zukunft Wesentliches dazu beitragen zu können, die Lebensqualität für die Bevölkerung zu verbessern.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) meinte, bei den Vorlagen handle es sich um eine 15a-Vereinbarung, die im Auftrag der EU umgesetzt werde. Der Energieausweis solle in Zukunft auch bei größeren Renovierungsarbeiten vorgelegt werden. In diesem Zusammenhang brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Jahrman und Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Schaffung näherer Ausführung in der NÖ Bautechnikverordnung um eine praxisgerechte Durchführung der Überprüfungen von Zentralheizungsanlagen zu ermöglichen.

Die Vereinbarung gemäß Artikel 15a über die Zusammenarbeit im Bauwesen wurde einstimmig angenommen, die Änderung der NÖ Bauordnung 1996 wurde mit Mehrheit angenommen. Der Resolutionsantrag Jahrman (Wasserleitungsanschlussgesetz) blieb in der Minderheit, der Resolutionsantrag Jahrman/Waldhäusl (Bautechnikverordnung) wurde einstimmig angenommen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) sagte, das Wirken des Landtages war in dieser Gesetzgebungsperiode erfüllt von dem Willen ein sozial gerechtes Gemeinwesen zu schaffen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern, die Schwächeren zu unterstützen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Die Abgeordneten hätten versucht zur Sprache zu bringen, was die Menschen bewegt und auf den Weg zu bringen, was die Eigenständigkeit Niederösterreichs stärkt.

Abschließend merkte er an, dass einige Kolleginnen und Kollegen künftig keinen Sitz im NÖ Landtag mehr einnehmen würden. Sie alle hätten zum Funktionieren und zum guten Klima im Haus beigetragen. Er wünsche diesen scheidenden Landtagsabgeordneten für den neuen Lebensabschnitt alles Gute. Es sei und bleibe ungewiss, wie die Zukunft aussehen werde, darauf müsse man sich einlassen. Doch habe man die Gewissheit, die Zukunft selbst gestalten zu können. Gerade 2013 werde man dazu Gelegenheit bekommen. In diesem Sinne wünsche er, so Penz, frohe Festtage, alles Gute für 2013 sowie einen guten Rutsch und viel Erfolg

***Schluss der Sitzung!***